ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of
ZBW
Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Ansari, Dawud; Engerer, Hella

Article

Corona-Pandemie und gesunkene Ölpreise setzen Golfstaaten unter Druck

DIW Wochenbericht

Provided in Cooperation with:
German Institute for Economic Research (DIW Berlin)

Suggested Citation: Ansari, Dawud; Engerer, Hella (2020) : Corona-Pandemie und gesunkene Ölpreise setzen Golfstaaten unter Druck, DIW Wochenbericht, ISSN 1860-8787, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin, Vol. 87, Iss. 48, pp. 881-888, https://doi.org/10.18723/diw_wb:2020-48-1

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/226774

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

DIW Wochenbericht 48 2020

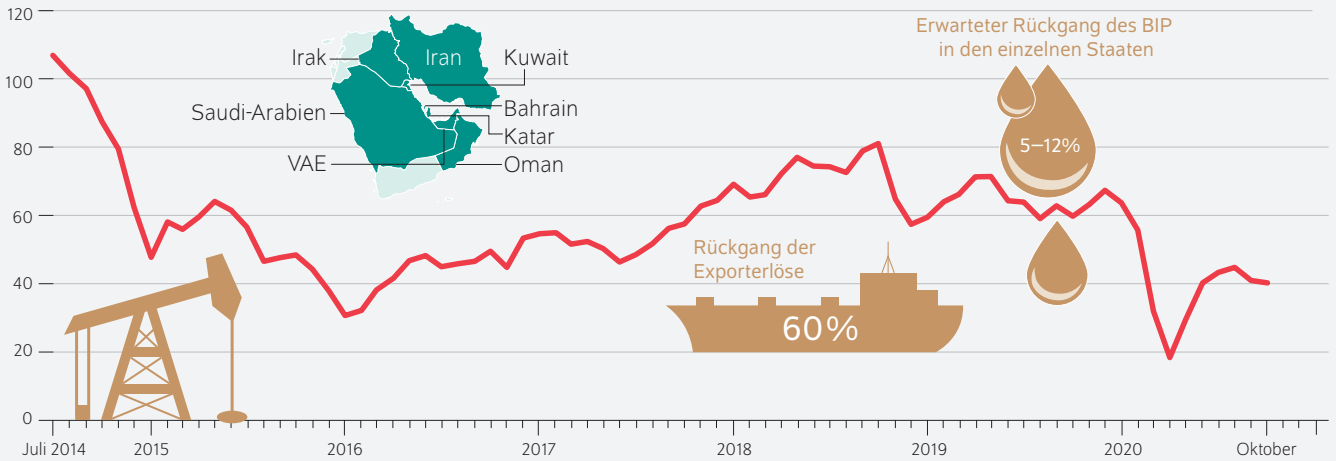
AUF EINEN BLICK

Corona-Pandemie und gesunkene Ölpreise setzen Golfstaaten unter Druck

Von Dawud Ansari und Hella Engerer

- Geringere Ölpreise infolge der Corona-Pandemie sowie Förderkürzungen der OPEC+ führen zu sinkenden Exporterlösen der ölabhängigen Golfstaaten
- DIW Berlin simuliert mit OILMOD-Modell die Entwicklung des Ölpreises und zieht Rückschlüsse auf künftige Exporte
- Zeitnahe Erholung von Ölmarkt und -preis sind unwahrscheinlich
- Mehrbelastungen durch Pandemie verengen zusätzlich finanzielle Spielräume der Golfstaaten
- Festhalten an Öl-Dominanz steht in Konflikt zu globalen Maßnahmen des Klimaschutzes, Dialog nötig

Die Wirtschaftslage der Golfstaaten bleibt angespannt: Ölpreis dürfte tendenziell weiter sinken
Monatliche Spotpreise für Erdöl der Sorte Brent in US-Dollar pro Fass



Quelle: U.S. Energy Information Administration, OPEC, IWF, eigene Berechnungen.

© DIW Berlin 2020

ZITAT

„Der Ölmarkt ist auch weiterhin sehr fragil. Wegen der geringen Diversifizierung bleibt die Lage in den Golfstaaten damit angespannt, eine baldige Abkehr von der Ölabhängigkeit ist aber unwahrscheinlich."

— Dawud Ansari —

MEDIATHEK

Audio-Interview mit Dawud Ansari
www.diw.de/mediathek

Corona-Pandemie und gesunkene Ölpreise setzen Golfstaaten unter Druck

Von Dawud Ansari und Hella Engerer

ABSTRACT

Die Corona-Krise trifft die Golfstaaten auf besondere Weise. Neben den direkten Folgen hat die Pandemie die Nachfrage nach der wichtigsten Einnahmequelle einbrechen lassen, dem Erdöl. Der ohnehin durch den jüngsten Preiskrieg zwischen Saudi-Arabien und Russland gedrückte Ölpreis stürzte im Frühjahr ins Bodenlose. Auch wenn er sich danach wieder leicht erholte, ist keine Entspannung in Sicht: Eine Marktsimulation des DIW Berlin untersucht die weitere Entwicklung des Ölpreises und zeigt ein deutliches Risiko für einen kurzfristig anhaltenden Abwärtstrend. Dadurch dürften die Exporterlöse der Golf-Anrainer weiter geschmälert werden. Die finanziellen Spielräume der Länder werden enger, auch durch die pandemiebedingten Mehrausgaben. Insgesamt besteht die Gefahr, dass langfristige Herausforderungen für die Region wie Diversifizierung und der Umgang mit einer globalen Energiewende nicht angegangen werden.

Nachdem der Ölpreis im Jahresverlauf 2019 leicht rückläufig war, brach er aufgrund des globalen Nachfragerückgangs im Zuge der Corona-Pandemie im Frühjahr 2020 stark ein. In den Folgemonaten legte er im Zuge des OPEC+[1]-Abkommens wieder leicht zu (Abbildung 1). Die Exporterlöse der Golfstaaten,[2] die nach wie vor stark vom Ölexport abhängen, sind nach Berechnungen des DIW Berlin infolge der Krise im Durchschnitt um etwa 60 Prozent zurückgegangen.

Die Corona-Krise führt auch in den Golfstaaten zu zusätzlichen Belastungen für das Gesundheitswesen und die Wirtschaft. Erste Fälle der Pandemie wurden in der Golfregion nach Angaben der Weltgesundheitsorganisation (WHO) bereits Ende Januar registriert. Die meisten Länder haben zwar frühzeitig mit einem Lockdown reagiert. Zuletzt stiegen aber die Infektionszahlen – vor allem im Iran – täglich stark an. Gemessen an der Bevölkerungszahl sind die kleinen Golfstaaten Bahrain und Katar mit etwa 5 000 Fällen pro 100.000 Personen auch im weltweiten Vergleich besonders von der Pandemie betroffen.

Im Folgenden wird zunächst die Entwicklung des Ölmarktes vor dem Hintergrund der Auseinandersetzungen unter anderem innerhalb der OPEC+ betrachtet. Anschließend werden Simulationsergebnisse des DIW-Modells zum Ölpreis (OILMOD) und eine Schätzung der Exporterlöse der Golfstaaten vorgestellt. Es wird beleuchtet, dass die Auseinandersetzungen innerhalb der OPEC+ und die Corona-Pandemie die Golfstaaten in einer Phase schwachen Wachstums getroffen haben und ihre finanziellen Spielräume enger werden, wenngleich sie unter anderem aufgrund von Staatsfonds über Reserven verfügen.

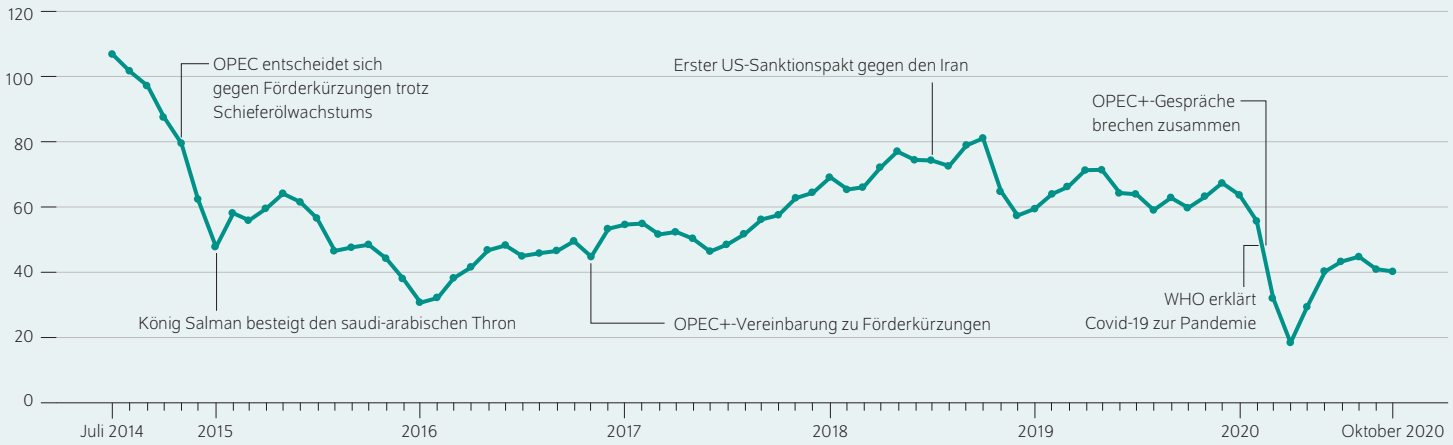
1 OPEC+ steht für die Organisation der erdölexportierenden Länder (OPEC) sowie wichtige andere Erdölförderer, insbesondere Russland, die sich ursprünglich vor dem Hintergrund des Preiseinbruches von 2014 bis 2016 auf gemeinsame Förderkürzungen zur Stabilisierung des Preises geeinigt hatten.

2 Im Folgenden wird der Fokus auf Länder des Golf-Kooperationsrat (Gulf Cooperation Council, GCC) gelegt, dem die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE), Saudi-Arabien, Katar, Bahrain, Oman und Kuwait angehören. Iran und Irak als Anrainerstaaten des Golfs werden am Rande betrachtet.

DOI: https://doi.org/10.18723/diw_wb:2020-48-1

Abbildung 1

Monatliche Spotpreise für Erdöl der Sorte Brent in US-Dollar pro Fass sowie zentrale Entwicklungen 2014 bis 2020



Quelle: U.S. Energy Information Administration

© DIW Berlin 2020

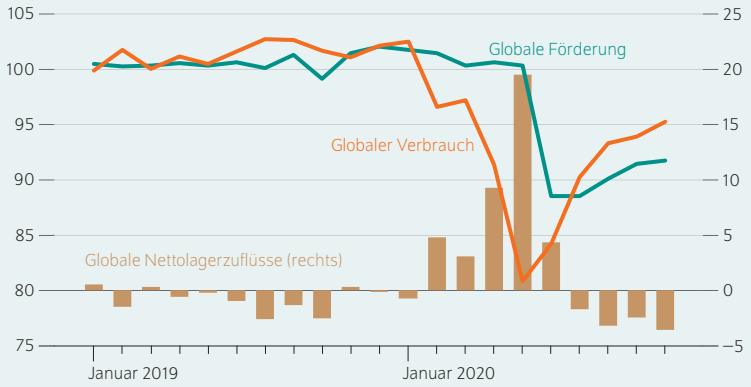
Nachdem das OPEC+-Abkommen im Jahre 2016 die Ölpreise stabilisieren konnte, kam es im Frühjahr 2020 erneut zum Einbruch.

Die OPEC und der Rohölmarkt

Im Jahr 2019 präsentierte sich der Ölmarkt noch überwiegend ausgeglichen (Abbildung 2), obwohl das globale Verbrauchswachstum bereits unter den Erwartungen lag. Im ersten Quartal 2020 ist der Erdölverbrauch aber infolge der Corona-Pandemie und dem damit verbundenen globalen Wirtschaftsrückgang rasch gefallen. Die Förderung wurde allerdings nicht sofort gedrosselt. Dies schlug sich in Lagerzuflüssen von gut sieben Millionen Fass nieder. Im April führten Lockdowns weltweit zu einem Rückgang des Öl-Verbrauchs von rund 18 Prozent. Damit standen rund 20 Prozent der Weltölförderung keiner Nachfrage mehr gegenüber. Dieses Ungleichgewicht verursachte einen nie dagewesenen Lagerzufluss von beinahe 20 Millionen Fass allein im April. Lagerkapazitäten, die die Preiseffekte von Marktungleichgewichten dämpfen können, waren damit weltweit erschöpft. Da Ende April mit Fälligkeit vieler Termingeschäfte die Pflicht zur physischen Abnahme des Erdöls bestand, haben einzelne Erdölsorten sogar deutliche negative Preise erzielt.[3] Mit anderen Worten: Erdölhändler mussten ihre Kunden bezahlen, damit diese das Öl abnehmen.

Abbildung 2

Globale Förderung, Verbrauch und Nettolagerzuflüsse von Erdöl in Millionen Fass täglich



Quelle: U.S. Energy Information Administration, eigene Berechnungen

© DIW Berlin 2020

Die Corona-Pandemie hat zu einem substanziellen Ungleichgewicht von Erdölförderung und -verbrauch geführt.

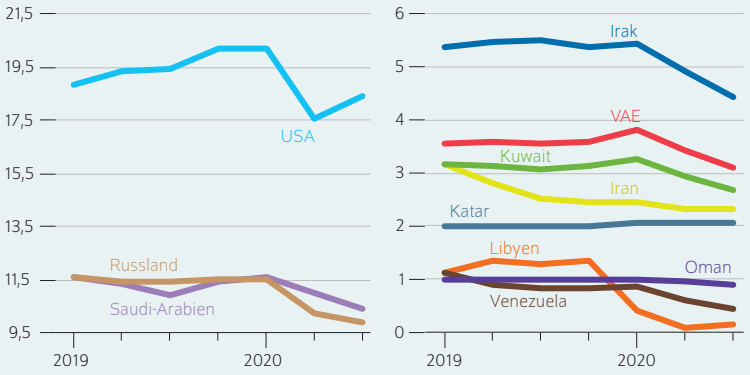
Dass die Förderung nicht früher gedrosselt wurde, lag unter anderem an einem Preiskrieg zwischen Saudi-Arabien und Russland: Ihre Verhandlungen über eine Verlängerung des OPEC+-Abkommens zu Förderkürzungen waren gescheitert.[4] Am 8. März 2020 beantwortete Saudi-Arabien Russlands Verhandlungsabbruch mit deutlichen Rabatten für Erdölabnehmer sowie einer Ankündigung zur eigenen Produktionsausweitung um 20 Prozent.

3 Solche negativen Preise sind ein Novum im Erdölmarkt, nicht allerdings in anderen Energiemärkten. Im Strommarkt entstehen nicht selten negative Marktpreise, wenn inflexible Kraftwerke zu viel Strom produzieren und diesen nicht anders unterbringen können.

4 Vgl. Dawud Ansari und Claudia Kemfert (2020): Erdölmärkte zwischen Corona-Krise, Preiskrieg und Förderkürzung. DIW aktuell 36 (online verfügbar, abgerufen am 13. November 2020. Dies gilt für alle Online-Publikationen in diesem Bericht, sofern nicht anders vermerkt). Das Königreich wollte an den Förderkürzungen festhalten, um den Preis von 60 US-Dollar pro Fass aufrechtzuerhalten. Russland hingegen wollte Kürzungen zurücknehmen und so den Marktpreis in Richtung 40 US-Dollar pro Fass senken. Ein solcher Preis hätte enormen Druck auf die US-Schieferölindustrie verursacht, die im Durchschnitt Preise jenseits 40 US-Dollar pro Fass zur Expansion benötigt. Russisches Erdöl ist bei Preisen von 40 US-Dollar bereits profitabel, in Saudi-Arabien und anderen Golfstaaten ist dies bei durchschnittlich fünf US-Dollar der Fall.

Abbildung 3

Produktion von Flüssigtreibstoffen (einschließlich Rohöl und Biotreibstoffen) in Millionen Fass täglich



Quelle: U.S. Energy Information Administration, OPEC, eigene Berechnungen

© DIW Berlin 2020

Die Produktion ist in den meisten Ländern deutlich gefallen, allerdings aus unterschiedlichen Gründen.

Nach dem Fall – Ölpreis stabilisiert sich wieder

In Anbetracht der Entwicklungen beschlossen die Staaten der OPEC+-Gruppe Ende April weitreichende Förderkürzungen im Umfang von etwa zehn Millionen Fass täglich. Diese werden seit Mai umgesetzt. Mit der sich zeitgleich erholenden Nachfrage sind somit seit Juni wieder Lagerkapazitäten verfügbar. Der Preis ist seitdem auf ein moderates Level von 40 US-Dollar pro Fass[5] geklettert.

Der Produktionsrückgang gegenüber 2019 (Abbildung 3) beträgt im Durchschnitt für alle OPEC+-Mitglieder 15 Prozent. Dabei kürzten Katar und Oman ihre Produktion kaum, wohingegen beispielsweise der Irak und Russland mehr als 18 Prozent ihrer Förderung eingestellt haben. Saudi-Arabiens Reservekapazitäten haben sich lediglich um vier Prozentpunkte erhöht, liegen damit aber bei 25 Prozent. Es gab auch Produktionsausfälle in Libyen, im Iran und Venezuela, die jedoch weitgehend auf politische Unruhen beziehungsweise Sanktionen[6] zurückgehen.

Der weltgrößte Produzent USA hat keine strategischen Förderkürzungen unternommen, sondern große Teile der Schieferölindustrie[7] waren aufgrund sinkender Ölpreise unprofitabel geworden. Die Zahl der aktiven Bohrungen hat sich um etwa drei Viertel verringert und zu einer Welle an Insolvenzen sowie zum Abbau von rund 100.000 Arbeitsplätzen geführt.[8]

Ist die Krise auf dem Ölmarkt überwunden?

Mit Blick auf die künftige Entwicklung des Ölmarktes zeigte sich die OPEC im Oktober zuversichtlich, dass das Schlimmste vorüber sei.[9] Nach ihrer Einschätzung wird sich die Nachfrage erholen und zu Beginn des Jahres 2022 erstmals wieder das Niveau von 2019 erreichen.[10]

Der Ölpreis wird kurzfristig vor allem von zwei Faktoren abhängen: Erstens könnten ein zunehmendes Infektionsgeschehen und damit zusammenhängende Lockdowns die weltweite Ölnachfrage dämpfen. In der Folge werden noch längere und weitreichendere Förderkürzungen nötig sein als bisher von der OPEC erwartet. Hingegen würde ein rasches Abklingen der Pandemie die Nachfrage wiederherstellen und damit die Förderkürzungen zunehmend obsolet machen.

Zweitens hängt das weitere Geschehen vom Zusammenhalt innerhalb der OPEC+-Gruppe ab, die vor einer erneuten Zerreißprobe steht. In Anbetracht der niedrigen Exporteinnahmen haben Erdölproduzenten starke Anreize, vereinbarte Förderkürzungen nicht einzuhalten und so dringend nötige Mehreinnahmen zu schaffen. Stimmen für eine Produktionsausweitung werden zunehmend lauter, beispielsweise seitens der Vereinigten Arabischen Emirate (VAE). Hingegen ist Saudi-Arabien dafür bekannt, auf die strikte Einhaltung der Abkommen zu dringen und unwillige Länder zu sanktionieren (so geschehen zum Beispiel in den Jahren 1986, 2015 oder auch zuletzt im März 2020). Ein Alleingang eines der Förderländer könnte daher schnell zu einer massiven Produktionsausweitung führen.

Simulationsergebnisse des DIW-Modells zu Ölpreisen

Mit dem OILMOD-Modell des DIW Berlin (Kasten) wurden die Preiseffekte einer Veränderung der Erdölnachfrage sowie eine Erhöhung der OPEC+-Förderung simuliert und quantifiziert. Ersteres kann als Ergebnis einer intensiven zweiten Welle des Virus verstanden werden, während letzteres das Produkt eines destabilisierenden Förderkürzungsabkommens wäre. Andere Faktoren wie Wettbewerbsordnung, Kapazitäten oder Kosten wurden in den Simulationen als konstant angenommen.

Die simulierten Preisniveaus für die verschiedenen Faktorkombinationen zeigen die möglichen Entwicklungen auf (Abbildung 4). Im Spektrum der untersuchten

5 Soweit nicht anders angemerkt, werden sämtliche Preise in diesem Bericht in der Referenzsorte Brent angegeben.

6 Vgl. Aleksandar Zaklan, Dawud Ansari und Claudia Kemfert (2018). Rohölmarkt: Iran-Sanktionen dürften zu moderatem Preisanstieg führen. DIW-Wochenbericht Nr. 49, 1053-1059 (online verfügbar)

7 Der rasche Ausbau von Schieferöl (korrekt eigentlich *tight oil* oder auch *Fracking-Öl*) hatte die Erdölförderkapazitäten der USA zwischen 2010 und 2014 beinahe verdoppelt. Schieferölprojekte sind teurer und kürzer als konventionelle Ölprojekte. Weiterhin ist der Markt von einer hohen Anzahl kleinerer Unternehmen sowie einem hohen Grad an Fremdfinanzierung geprägt. Vgl. Dawud Ansari (2019): Rigging economics. Nature Energy, 4(4), 263–264

8 Vgl. Deloitte Insides (2020): The future of work in oil, gas and chemicals. Veröffentlicht am 05. Oktober (online verfügbar)

9 Vgl. Reuters (2020): OPEC Chief says the worst is over for oil market . Veröffentlicht am 08. Oktober (online verfügbar)

10 Vgl. OPEC Monthly Report, October 2020 (online verfügbar)

Kasten

Die Schätzung von Erdölpreisen durch das OILMOD-Modell

OILMOD ist eines der sektoralen Modelle des DIW Berlin,[1] die zur Analyse von Entwicklungen auf Energiemärkten verwendet werden. Das Modell wurde bereits in der Vergangenheit für Analysen des Erdölmarktes in DIW-Publikationen[2] sowie wissenschaftlichen Schriften[3] genutzt.

Als numerisches Partialgleichgewichtsmodell[4] simuliert OILMOD Marktergebnisse als Ausgang der strategischen Interaktion zwischen gewinnmaximierenden Ölförderern. Das Modell benutzt Daten der internationalen Energieagentur (IEA), der Fachzeitschrift Oil & Gas Journal, der U.S. Energy Information Administration und OPEC sowie Daten aus begutachteten wissenschaftlichen Publikationen. Aufgrund der globalisierten Struktur des Erdölsektors betrachtet das Modell einen aggregierten Markt, bildet allerdings durch die detaillierte Ausgestaltung von Kostenkurven sowie von Qualitätsparametern verschiedener Erdölarten technische und geophysikalische Besonderheiten der Erdölförderung detailliert ab.

Für diesen Bericht wurde der Effekt von Nachfrageveränderungen sowie einem Anstieg der OPEC+-Förderung untersucht. Für ersteres wird ein mengenmäßiger Parameter in der Nachfragefunktion skaliert. Dieser spiegelt die Tendenz zu einer geringen Konsumbereitschaft wider, erlaubt dem Modell aber trotzdem, das Anpassungsverhalten von Verbrauchern und Produzenten zu berücksichtigen. So ergibt sich der finale Verbrauch als Produkt der simulierten Marktmechanismen unter den veränderten Bedingungen. Der Anstieg der OPEC+-Förderung wird im Modell anhand eines prozentualen Abbaus der vorhandenen OPEC-Reservekapazitäten in den jeweiligen Förderländern simuliert. In allen Szenarien wird die OPEC+-Produktion auf ein vorgegebenes Level festgeschrieben, während die anderen Marktteilnehmer ihre Förderung eingeschränkt strategisch an die neuen Marktbedingungen anpassen. Aufgrund der geringeren Unternehmenskonzentration im Schieferölsektor wird im Falle USA von einer vollständig wettbewerblichen Anpassung der Produktion ausgegangen.

1 Für eine Übersicht, vgl. Modelle der Abteilung Energie, Verkehr, Umwelt am DIW Berlin (online verfügbar)

2 Siehe z. B. Dawud Ansari und Claudia Kemfert (2020): Erdölmärkte zwischen Corona-Krise, Preiskrieg und Förderkürzung. DIW aktuell 36 (online verfügbar)

3 Dawud Ansari (2017). OPEC, Saudi Arabia, and the shale revolution: Insights from equilibrium modelling and oil politics. *Energy Policy*, *111*, 166–178

4 Eine ausführliche Beschreibung des Modells findet sich in Aleksandar Zaklan, Dawud Ansari, und Claudia Kemfert, (2017). Rohöl: Marktdaten und Simulationen deuten auf stabiles Gleichgewicht hin. *DIW-Wochenbericht*, *84*(48), 1098–1104 (online verfügbar)

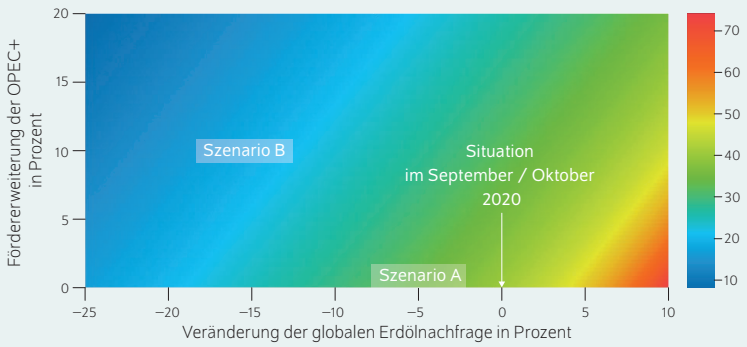
Nachfrageveränderungen[11] (Rückgang von 25 Prozent bis Zunahme um zehn Prozent) und OPEC+-Fördererweiterungen (keine beziehungsweise um 20 Prozent erhöht) sind prinzipiell Preise zwischen zehn und 76 US-Dollar pro Fass möglich. Dabei fällt zunächst auf, dass mögliche Nachfrageveränderungen einen größeren Effekt auf den Preis haben als denkbare Fördererweiterungen.[12]

Zur Illustration werden im Folgenden zwei exemplarische Szenarien[13] näher verdeutlicht: In **Szenario A** wird von einem Nachfragerückgang von fünf Prozent sowie dem Fortbestehen der Förderkürzungen ausgegangen. Diese Situation wäre die Folge, wenn die zweite Pandemiewelle und damit der winterliche Nachfragerückgang noch glimpflich ausfällt und der OPEC+-Zusammenhalt weiter stark ist. In diesem Fall wäre mit einem Ölpreis um die 35 US-Dollar pro Fass der Preiseffekt noch begrenzt.

Szenario B nimmt einen Nachfragerückgang von 15 Prozent sowie eine gleichzeitige Erweiterung der OPEC+-Förderung um zehn Prozent an. Diese Situation könnte sich bei einer intensiveren zweiten Welle des Virus sowie einer Destabilisierung des OPEC+-Abkommens ergeben. Hier würde der Ölpreis bereits unter 25 US-Dollar pro Fass fallen.

Abbildung 4

Simulationsergebnisse für Erdölpreise (in US-Dollar pro Fass Brent)



Quelle: Eigene Berechnungen mit OILMOD

© DIW Berlin 2020

Virusgeschehen, instabile Förderkürzungsabkommen und an den Markt zurückkehrende Produzenten wie Libyen oder Iran stellen deutliche Risiken für den Ölpreis dar.

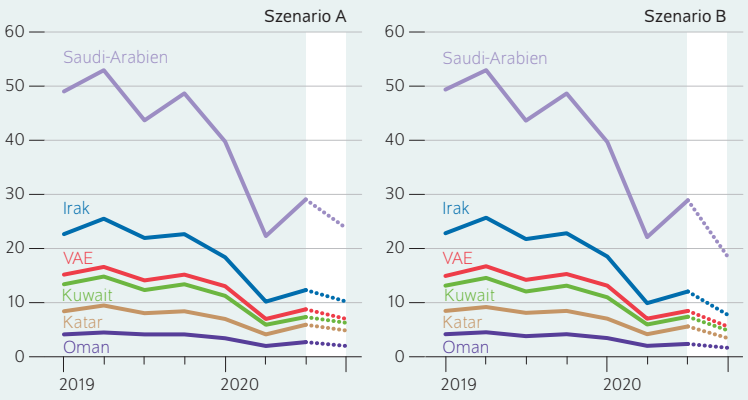
11 Soweit nicht anders angemerkt, sind sämtliche Veränderungen relativ zu den Werten aus September 2020 zu verstehen.

12 Ein Nachfragerückgang von 20 Prozent – dies entspricht grob der Situation im Frühjahr – würde zu Preisen nahe 20 US-Dollar pro Fass führen; eine Nachfragesteigerung von zehn Prozent würde zu Preisen von etwa 75 US-Dollar führen. Hingegen würde selbst ein Kollabieren der Kürzungsabkommen (dies entspricht einer Zunahme um etwas mehr als 20 Prozent) bei den Nachfragebedingungen von September 2020 immer noch einen Preis von etwa 25 US-Dollar nach sich ziehen.

13 Die Szenarien stellen keine Preisvorhersagen dar, sondern dienen der Illustration der möglichen kommenden Entwicklungen durch zwei realistische Varianten. Es lassen sich auch andere relevante Szenarien konstruieren.

Abbildung 5

Schätzung der quartalsweisen Exporterlöse der Golfstaaten in Milliarden US-Dollar einschließlich der Szenarien A und B



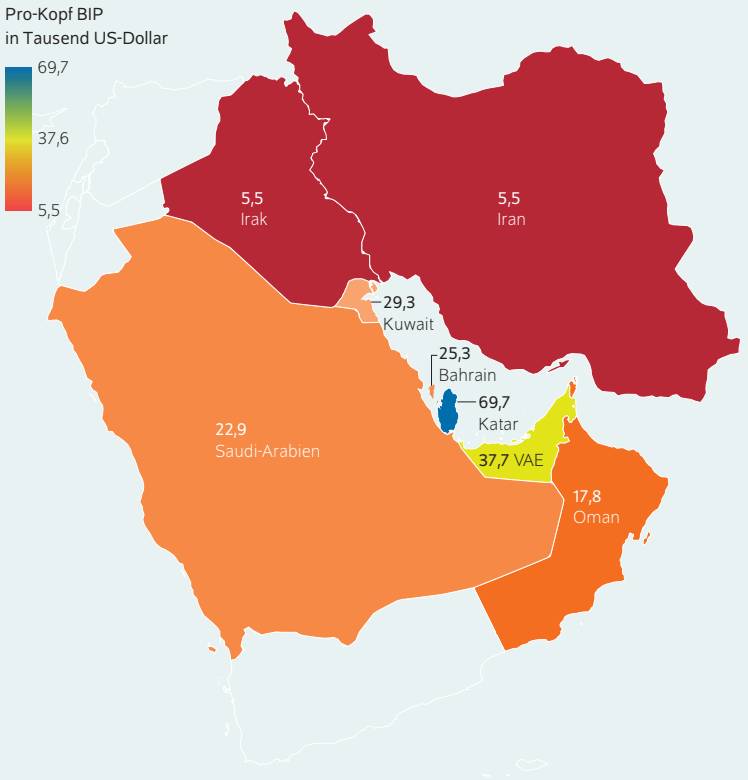
Quelle: U.S. Energy Information Administration, OPEC, eigene Berechnungen

© DIW Berlin 2020

Durch den gleichzeitigen Rückgang von Preisen und Förderung sind die Exporterlöse um rund 60 Prozent zurückgegangen - Tendenz wieder fallend.

Abbildung 6

Bruttoinlandsprodukt pro-Kopf 2019 in den Anrainerstaaten des Persischen Golfs



Quelle: IWF

© DIW Berlin 2020

Selbst unter den wohlhabenderen GCC-Staaten gibt es enorme Unterschiede im Wohlstand.

Das angenommene Szenario einer Förderausweiterung ist dabei auch aus einer anderen Sicht relevant: Aktuell tragen Exportausfälle aus dem Iran und Libyen zur Preisstabilisierung bei, dies könnte sich jedoch bald ändern. Zuletzt haben libysche Exporte wieder zugenommen; trotz außenpolitischen und militärischen Drucks vor allem seitens der VAE ist ein weiterer Anstieg wahrscheinlich. Weiterhin ist infolge der Abwahl von US-Präsident Donald Trump ein mittelbares Umschwenken hinsichtlich der Iran-Sanktionen denkbar. Diese Fälle allein könnten zu Förderausweiterungen in der Größenordnung von jeweils fünf bis zehn Prozent führen. Beschlüsse des OPEC-Gipfels Ende November 2020 können in diesem Bericht noch nicht berücksichtigt werden.

Ölpreisrückgang und Förderkürzungen lassen Exporteinnahmen der Golfstaaten einbrechen

Ölreiche Nationen sind von Einnahmen aus dem Erdölexport abhängig. Darunter fallen auch die Golfstaaten. In den Ländern des Golf-Kooperationsrates (GCC) stammen 55 (Bahrain) bis 90 Prozent (Kuwait) der Exporte und 52 (Katar) bis 94 (Saudi-Arabien) Prozent der Staatseinnahmen aus dem Öl- und Gassektor.[14] Die Volkswirtschaften sind somit wenig diversifiziert. Der gleichzeitige Rückgang von Preisen und Absatzmenge hat die Exporterlöse der Golfstaaten einbrechen lassen (Abbildung 5). Der Rückgang im zweiten Quartal betrug durchschnittlich 60 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Der größte Ölproduzent, Saudi-Arabien, hat im zweiten Quartal 2020 etwa 30 Milliarden US-Dollar weniger als im Vorjahresquartal verdient.

In der näheren Zukunft ist keine Erholung der Exporteinnahmen zu erwarten, wie Schätzungen auf Basis der Preisszenarien A und B zeigen. Szenario A würde etwa auch einen Rückgang der Exporteinnahmen auf das Niveau des zweiten Quartals 2020 bedeuten, wohingegen Szenario B dieses sogar deutlich unterschreiten würde.

Der Rückgang der Exporteinnahmen trifft nicht alle Länder gleichermaßen. Zudem handelt es sich bei den Golfstaaten nicht um eine homogene Gruppe: Die nicht dem GCC angehörigen Staaten Irak und Iran sind mit einem Pro-Kopf-Einkommen von etwas über 5 000 US-Dollar wenig entwickelte Volkswirtschaften. Katar ist mit beinahe 70 000 US-Dollar eines der reichsten Länder der Welt, in der Region gefolgt von den VAE mit rund 40 000 US-Dollar. Die übrigen Staaten haben ein Bruttoinlandsprodukt zwischen rund 15 000 US-Dollar (Oman) und 30 000 US-Dollar (Kuwait) und bewegen sich damit deutlich über der Schwelle von Entwicklungsländern.

14 Ausnahmen bilden die VAE mit lediglich 20 Prozent Anteil an den Exporten und Oman mit einem Anteil von nur 43 Prozent an den Staatseinnahmen; vgl. Dawud Ansari und Franziska Holz (2020). Between stranded assets and green transformation: Fossil-fuel-producing developing countries towards 2055. *World Development* 130: 104947 (online verfügbar) sowie Natural Resource Governance Institute (online verfügbar)

Ölpreisrückgang und Corona-Pandemie treffen Golfstaaten in Phase schwachen Wachstums

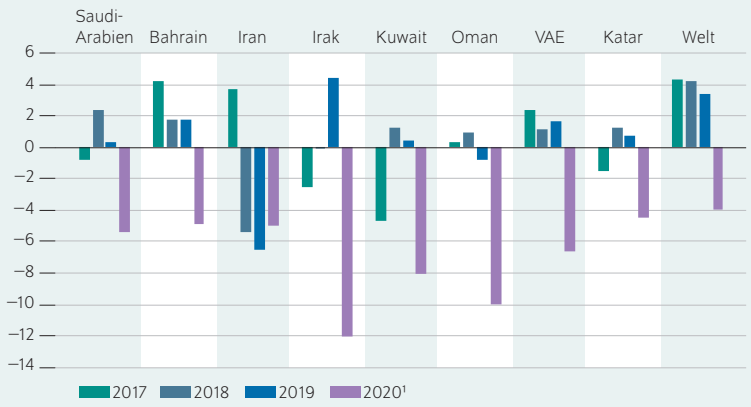
Infolge der Pandemie ist das Wirtschaftswachstum in der Region – insbesondere im zweiten Quartal 2020 – stark eingebrochen. Der Rückgang war in den Ländern, für die vorläufige Daten vorliegen, mit fünf bis acht Prozent etwa so stark ausgeprägt wie in anderen entwickelten Volkswirtschaften. Allerdings trifft die Pandemie die ölexportierenden Länder der Golfregion in einer besonderen Phase. Angesichts der Entwicklung auf den Ölmärkten waren sie bereits vor der Pandemie mit rückläufigen Exporteinnahmen konfrontiert. Das Wirtschaftswachstum hatte sich in einigen Ländern abgeflacht. Sondereffekte haben die Wirtschaftsentwicklung in Katar (Blockade[15], Verzögerung von Infrastrukturprojekten), im Iran (Sanktionen) und im Irak (Krisen und Konflikte)[16] zusätzlich beeinträchtigt.

Schätzungen des Internationalen Währungsfonds (IWF) gehen davon aus, dass das Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2020 in den Golfstaaten zwischen zwölf Prozent im Irak und fünf Prozent in Bahrain sinkt (Abbildung 7). Der prognostizierte Rückgang in Saudi-Arabien, Bahrain und Katar ist dabei etwa einen Prozentpunkt stärker als der Rückgang der Weltwirtschaft. Besonders von der Pandemie betroffene Sektoren wie Tourismus und Transport waren in einigen Golfstaaten (unter anderem VAE, Katar, Bahrain) in den vergangenen Jahren weiter ausgebaut worden. Der Ausbau dieser Sektoren war auch eine Strategie, um die Abhängigkeit vom Ölsektor zu senken. In Saudi-Arabien sind die Umsätze von Pilgerfahren weitgehend weggefallen, die sonst etwa 15 Milliarden US-Dollar jährlich ausmachen.

Bereits vor der Pandemie gingen rückläufige Exporteinnahmen in einigen Ländern mit Haushaltsdefiziten einher. Im Vergleich zur letzten Ölpreiskrise 2014 war in vielen Golfstaaten auch die Verschuldung gestiegen; besonders stark in Bahrain (Abbildung 8) In den Ländern der Region wurden daher in den vergangenen Jahren teilweise staatliche Konsolidierungsmaßnahmen eingeleitet: So wurden Subventionen abgebaut, Steuern erhöht und staatliche Infrastrukturprojekte abgespeckt oder verschoben. Noch sind die Schuldenstände in den meisten Ländern beherrschbar, allerdings zeichnet sich insbesondere in Bahrain und Oman eine Zuspitzung der Lage ab. Infolge der Pandemie sind auch die Golfstaaten mit Mehrausgaben zur Stützung der Wirtschaft und des Gesundheitssystems konfrontiert. Die Länder haben verschiedene fiskalische Maßnahmen ergriffen wie Steuerstundungen, Ausweitung der Zahlungen an Arbeitslose und Geringverdiener sowie Unterstützung für kleinere und mittlere Unternehmen.[17] Gleichzeitig wurden aufgrund der geringen Finanzspielräume indes auch entgegengesetzt wirkende Maßnahmen eingeleitet, darunter die drastische Erhöhung der Mehrwertsteuer in Saudi-Arabien Anfang Juli 2020. Insgesamt bleiben die pandemiebedingten Mehrausgaben der Golfstaaten – sie liegen zwischen 5,7 Prozent des BIP in Bahrain und 0,2 Prozent des BIP im Irak – hinter denen anderer Regionen zurück.[18]

Abbildung 7

Veränderung des Bruttoinlandsprodukts der Anrainerstaaten des Persischen Golfs in den Jahren 2017 bis 2020[1]



1 Bei den Zahlen von 2020 handelt es sich um Schätzungen

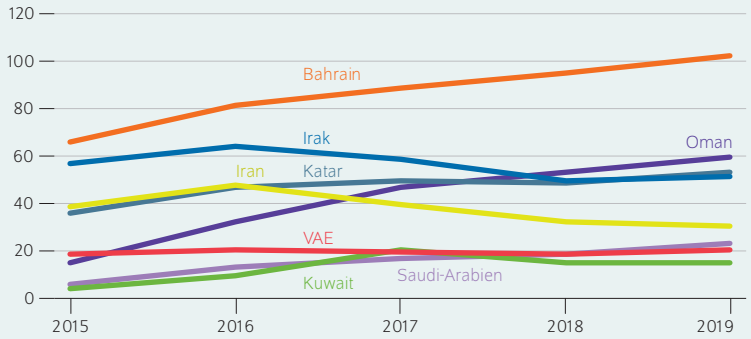
Quelle: IWF, eigene Berechnungen.

© DIW Berlin 2020

Das Wachstum der Anrainerstaaten hatte sich bereits vor der Pandemie verlangsamt.

Abbildung 8

Bruttoverschuldung der Golfstaaten in Prozent des BIP, 2015 bis 2019



Quelle: IWF

© DIW Berlin 2020

Die Verschuldung der Golfstaaten nimmt zu, besonders stark in Bahrain.

15 In Folge der Eskalation eines diplomatischen Konfliktes haben Saudi-Arabien sowie die VAE, Ägypten und Bahrain Mitte 2017 ein Embargo gegenüber Katar verhängt, das den Handel aber auch den Personenverkehr umfassend eingeschränkt hat.

16 Zur Lage des Irak vor der Corona-Pandemie vgl. International Monetary Fund (2019): Iraq 219 Article IV consultation and proposal for post-program monitoring - Press release; staff report; and statement by the executive director for Iraq, IMF country report No. 19/248 (online verfügbar)

17 In den Ländern wurden auch geldpolitische und makroprudentielle Maßnahmen ergriffen. Vgl. zu den einzelnen Maßnahmen International Monetary Fund (2020), Regional Economic Outlook. Middle East and Central Asia, October 2020 (online verfügbar)

18 Vgl. Fiscal Monitor: Database of Country Fiscal Measures in Response to the COVID-19 Pandemic (online verfügbar)

Einige Golfstaaten hatten in der Vergangenheit Phasen hoher Ölpreise genutzt, um Reserven aufzubauen und mit diesen sogenannte *Sovereign Wealth Funds* (SWF)[19] zu speisen.[20] Die Staatsfonds verfolgen unterschiedliche Zielstellungen, darunter makroökonomische Stabilisierung, intergenerationale Umverteilung sowie wirtschaftliche Entwicklung. Global wird das Fondsvolumen von SWF auf etwa 8,8 Billionen US-Dollar geschätzt. Davon entfallen auf die Golfstaaten etwa 3,15 Billionen US-Dollar. In einigen Golfstaaten werden die SWF als Stabilisierungsfonds zur Überbrückung finanzieller Engpässe herangezogen oder engagieren sich stärker im Inland in den von der Pandemie stark betroffenen Sektoren. SWF der Golfregion haben indes auch die Chance von zu Beginn der Pandemie gesunkenen Aktienkursen für Zukäufe genutzt[21] und orientieren teilweise ihre Anlagepolitik an der Renditeerzielung. Die in jüngerer Zeit auch von Staatsfonds der GCC-Länder verfolgte Idee, stärker Klimaschutzerwägungen bei Anlageentscheidungen zu berücksichtigen, wird wohl aufgrund der aktuellen Herausforderungen nicht forciert werden. Bislang war das von SWF bereitgestellte Volumen für „green finance" gering.[22]

Fazit und Ausblick: Grundprobleme der Golfstaaten geraten aus dem Blick

Corona-Pandemie und rückläufige Exporterlöse haben die Golfstaaten in einer Phase ohnehin geringen BIP-Wachstums getroffen. Simulationen und Schätzungen in diesem Bericht haben gezeigt, dass ein unruhiger Ölmarkt den Produzenten auch noch länger zu schaffen machen wird. Mehrausgaben durch die Pandemie verengen die finanziellen Spielräume der Golfstaaten zusätzlich. Einige der Länder haben in der Vergangenheit Reserven in Staatsfonds gebildet, die nun teilweise für Stabilisierungszwecke eingesetzt werden und die Auswirkungen der Corona-Pandemie mildern können.

Die fundamentalen Probleme bleiben aber auch nach der Pandemie weiter bestehen. Bereits seit den 1970er Jahren haben die meisten der Golfstaaten die Diversifizierung „weg vom Öl" als Teil ihrer Wirtschaftspolitik festgeschrieben, auch wenn dies als aktuelle Herausforderung dargestellt wird. Mit dem Fokus auf den äußerst profitablen Ölsektor waren in den Ländern starre institutionelle Strukturen entstanden. Die Königshäuser hatten damit bislang wenig Anreize für tiefgreifende und nachhaltige Reformen von Wirtschaft und Gesellschaft. Die Reformansätze – selbst der jüngsten Vergangenheit – sind nicht substanziell und die implementierten Maßnahmen unzureichend und mitunter bizarr.[23]

Damit deuten sich keine Veränderungen dieser starren Strukturen an. Die gesunkenen Ölpreise und die Corona-Pandemie werden wohl nicht dazu führen, dass die Golfstaaten einen Kurswechsel hin zu einer stärkeren Diversifizierung ihrer Wirtschaft einleiten. Das Festhalten an der Öl-Dominanz ist indes nicht nur für die wirtschaftliche Entwicklung der Länder selbst problematisch. Es steht auch der Umsetzung der globalen Klimaziele entgegen, die nach der Bewältigung der Corona-Krise eine der wichtigsten Aufgaben der internationalen Gemeinschaft sein wird. Eine einseitige und nationale Klimapolitik, die sich nur an der Nachfrageseite orientiert, droht globale Ziele zu verfehlen. Stattdessen muss die Perspektive von sich entwickelnden Volkswirtschaften sowie von Exporteuren fossiler Brennstoffe stärker in der Diskussion berücksichtigt werden. Auch letztere wollen Wohlstand und Wachstum verstetigen. Bereits jetzt bestehen globale Interessenskonflikte um die zentrale Frage, wer die Belastungen von Klimaschutzanstrengen schultern soll. Dabei wird die internationale Gemeinschaft deutliche Anstrengungen unternehmen müssen, um die Golfstaaten für einen aktiven Beitrag für den Klimaschutz zu gewinnen.

19 Vgl. Hella Engerer (2019): Sovereign Wealth Funds – Finanzierungsquelle für nachhaltige Entwicklung, in: Green Finance: Case Studies, Vierteljahresheft zur Wirtschaftsforschung, 97–111 (online verfügbar)

20 Auch andere (rohstoffexportierende) Volkswirtschaften haben SWF gegründet. Das bekannteste Beispiel ist Norwegen, das mittels Einnahmen aus dem Ölexport den staatlichen Pensionsfonds (Government Pension Fund Global) errichtete.

21 Vgl. Bernardo Bortolotti, Bocconi Veljko Fotak und Bocconi Chloe Hogg (2020): Sovereign Wealth Funds and the COVID-19 shock: Economic and Financial Resilience in Resource-Rich Countries (online verfügbar). Zu Beginn der Corona-Pandemie wurde geschätzt, dass das Vermögen der SWF im Jahr 2020 um 296 Milliarden US-Dollar schrumpfen wird.

22 Zum Umfang gibt es verschiedene Schätzungen, die unter einem Prozent des Fondsvolumens der SWF liegen, vgl. OECD (2020); The Role of Sovereign and Strategic Investment Funds in the Low-carbon Transition (online verfügbar)

23 Saudi-Arabien beispielsweise errichtet als Teil der aus Ölexporten finanzierten Vision 2030 eine futuristische Stadt am Roten Meer inklusive künstlichem Mond, leuchtendem Sand und Roboterdinosauriern vgl. Wall Street Journal (2020): A Prince's 500 Billion Dollar Desert Dream. Veröffentlicht am 25. Juli (online verfügbar)

Dawud Ansari ist wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Energie, Verkehr, Umwelt am DIW Berlin | dansari@diw.de

Hella Engerer ist wissenschaftliche Mitarbeiterin in den Abteilungen Energie, Verkehr, Umwelt und Konjunkturpolitik am DIW Berlin | hengerer@diw.de

JEL: Q31, Q40, C69, N15, N55, O53

Keywords: oil price; GCC; Covid-19; diversification; Saudi Arabia

This report is also available in an English version as DIW Weekly Report 46+47+48/2020:

www.diw.de/diw_weekly

IMPRESSUM

DIW Berlin — Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e. V.
Mohrenstraße 58, 10117 Berlin
www.diw.de
Telefon: +49 30 897 89–0 Fax: –200
87. Jahrgang 25. November 2020

Herausgeberinnen und Herausgeber
Prof. Dr. Tomaso Duso; Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.; Prof. Dr. Peter Haan; Prof. Dr. Claudia Kemfert; Prof. Dr. Alexander S. Kritikos; Prof. Dr. Alexander Kriwoluzky; Prof. Dr. Stefan Liebig; Prof. Dr. Lukas Menkhoff; Dr. Claus Michelsen; Prof. Karsten Neuhoff, Ph.D.; Prof. Dr. Carsten Schröder; Prof. Dr. C. Katharina Spieß; Dr. Katharina Wrohlich

Chefredaktion
Dr. Gritje Hartmann

Lektorat
Dr. Marius Clemens; Dr. Jörn Richstein

Redaktion
Marten Brehmer; Rebecca Buhner; Claudia Cohnen-Beck; Dr. Anna Hammerschmid; Petra Jasper; Sebastian Kollmann; Sandra Tubik; Dr. Alexander Zerrahn

Vertrieb
DIW Berlin Leserservice, Postfach 74, 77649 Offenburg
leserservice@diw.de
Telefon: +49 1806 14 00 50 25 (20 Cent pro Anruf)

Gestaltung
Roman Wilhelm, DIW Berlin

Umschlagmotiv
© imageBROKER / Steffen Diemer

Satz
Satz-Rechen-Zentrum Hartmann + Heenemann GmbH & Co. KG, Berlin

Druck
USE gGmbH, Berlin

ISSN 0012-1304; ISSN 1860-8787 (online)
Nachdruck und sonstige Verbreitung – auch auszugsweise – nur mit Quellenangabe und unter Zusendung eines Belegexemplars an den Kundenservice des DIW Berlin zulässig (kundenservice@diw.de).

Abonnieren Sie auch unseren DIW- und/oder Wochenbericht-Newsletter unter **www.diw.de/newsletter**